№ 39. Freitag, den 16. Februar 1894.

Erscheint wöchentlich 6 mal Abends.
Vierteljährlicher Abonnementspreis in Thorn bei der Expedition Brückenstraße 34 (auch frei in's Haus) und bei den Depots 2 Mk., und bei allen Reichs-Postanstalten.

Thorner Ostdeutsche Zeitung.

Insertionsgebühr
die 5gespaltene Petitzeile oder deren Raum 10 Pf.
Annoncen-Annahme in Thorn: die Expedition Brückenstraße 34, Heinrich Netz, Koppernikusstraße.

Inseraten-Annahme auswärts: Strasburg: A. Fuhrich. Inowrazlaw: Justus Wallis, Buchhandlung. Neumark: J. Köpke. Graudenz: Der „Gesellige“. Lautenburg: M. Jung. Gollub: Stadtkämmerer Austen.

Expedition: Brückenstraße 34. Redaktion: Brückenstr. 34, I. Et.
Fernsprech-Anschluß Nr. 46.
Inseraten-Annahme für alle auswärtigen Zeitungen.

Inseraten-Annahme auswärts: Berlin: Haasenstein und Vogler, Rudolf Mosse, Invalidendank, G. L. Daube u. Ko. u. sämmtl. Filialen dieser Firmen in Breslau, Dresden, Leipzig, Frankfurt a./M., Nürnberg, München, Hamburg, Königsberg 2c.

Vom Reichstage.

Sitzung vom 14. Februar 1894.

Bei Beginn der Sitzung sind kaum 25 Mitglieder des Hauses anwesend.

Auf der Tagesordnung steht die Fortsetzung der 2. Berathung der Anträge Groeber bezw. Rickert betr. Abänderung des Wahlgesetzes (§ 11a).

Abg. v. Heeremann (Ztr.): Die Stimmenabgabe müsse eine durchaus geheime sein; eine endliche Aenderung der bisherigen Wahlzustände sei absolut geboten, denn bei den Wahlen werde oft durch allerhand zweifelhafte Manipulationen ein künstliches Ergebniß herbeizuführen gesucht.

Abg. v. Marquardsen (ntl.) ist ebenfalls für die Stimmenabgabe in verschlossenen Kouverts.

Abg. Rickert giebt seine Freude über das Einverständniß des Vorredners mit diesem Paragraphen zu erkennen. Die Wähler müssen einen Augenblick sich allein im Wahllokal aufhalten können, um zwischen den ihnen etwa übergebenen Stimmzetteln zu wählen; es dürfe hierbei keinerlei Kontrole stattfinden.

Damit schließt die Debatte; der § wird gegen die Konservativen angenommen. — § 11b lautet, daß der Wähler an einem Nebentisch unbeachtet den Zettel in das Kouvert zu legen Gelegenheit hat.

Abg. Bassermann (ntl.) ist der Meinung, daß sich diese Einrichtung nicht überall durchführen lassen werde, da manchmal der Zudrang zum Wahllokal zu stark sei.

Abg. Marquardsen kann ebenfalls nicht seine Zustimmung zu diesem Paragraphen geben; die Grundsätze desselben seien zu allgemein gehalten.

Abg. Barth (freis.) hält die Einrichtung des Isolirraumes zur Vermeidung von Weitläufigkeiten für nothwendig. Die Behauptung, daß sich der Wähler zu lange aufhalten könne, sei ganz und gar hinfällig. Die Einrichtung habe sich in England vorzüglich bewährt.

Abg. Auer (Soz.) spricht sich dahin aus, daß es am besten sei, den Gesetzentwurf so anzunehmen, wie er vorliegt. Die Kommission habe jedenfalls richtig konstatirt, daß das bloße Kouvert ohne Isolirraum zwecklos sei. Gerade in diesem § liegt der eigentliche Kern des Gesetzes.

Abg. Groeber (Ztr.) stellt wie der Vorredner die Vortheile dieses § und dessen Bedeutung für die Sicherung des Wahlgeheimnisses dar, indem er bittet, den Entwurf anzunehmen.

Abg. Lenzmann (freis. Volksp.) erblickt ebenfalls in diesem § den wichtigsten Punkt des Gesetzes. Redner schildert dann einige Einzelfälle, welche auf die mit dem jetzigen Wahlsystem verbundenen Mißstände hinweisen.

Abg. Marquardsen bleibt bei seiner Behauptung, daß die Einrichtung des Isolirraumes auf unüberwindbare Schwierigkeiten stoßen werde.

Abg. Barth äußert sich in entgegengesetzter Richtung.

Hierauf wird der § 11b gegen die Nationalliberalen, Konservativen und Reichspartei unter Ablehnung des Antrages Bassermann angenommen. — Auch bei dem § 11d wird ein Antrag Bassermann abgelehnt. — Zum § 11e beantragt

Abg. Casselmann (freis. Volksp.) die Einführung der Bestimmung, daß die um 7 Uhr bereits im Wahllokal anwesenden Wähler noch zur Stimmenabgabe zugelassen werden.

Der Antrag wird angenommen. — Zum § 11f werden von den

Abgg. Lenzmann (frs. Volksp.) und Bassermann Anträge, die Beschaffenheit der Stimmzettel betreffend, eingebracht, die jedoch beide abgelehnt werden. — Der Rest des Gesetzentwurfs findet unverändert Annahme.

Hierauf folgt die erste Lesung des Antrages Schroeder, Artikel 61 des Handelsgesetzbuchs wie folgt zu ändern: „Die Kündigungsfrist muß für Prinzipal und Handlungsgehilfen die gleiche sein. Beim Abgang können die Handlungsdiener ein Zeugniß über Art und Dauer ihrer Beschäftigung fordern; auf Verlangen derselben ist das Zeugniß auch auf Führung und Leistungen auszudehnen.“

Abg. Schroeder (freis. Vg.) befürwortet seinen Antrag, indem er dessen Vortheile für die Handlungsgehilfen, namentlich in Bezug auf die Kündigungsfrist, darstellt. Redner bittet, seinen Antrag nicht erst einer Kommission zu überweisen, sondern ihn gleich in 2. Lesung zu erledigen.

Abg. Singer (Soz.) stimmt dem Antrage zu, wäre aber einer Minimalkündigungsfrist sehr geneigt. Jede kürzere als 4wöchentliche Frist müsse gesetzlich ausgeschlossen sein, einen diesbezüglichen Antrag will Redner in 2. Lesung einbringen. Letzterer verliest alsdann die Namen von mehreren Geschäftsinhabern, welche ihren Handlungsgehilfen gegenüber hinsichtlich der Kündigungsfrist in keiner Weise Verpflichtungen eingehen, sich selbst aber eine 6wöchige Zeit vorbehalten.

Abg. Traeger (frs. Vg.) schließt sich der Meinung der beiden Vorredner an und bringt namentlich dem angekündigten Antrag Singer seine Sympathie entgegen.

Abg. Spahn (Ztr.) hält es für richtig, daß eine Kündigung nur immer zum 1. jeden Monats stattfindet.

Abg. Bassermann (ntl.) spricht sich für den Antrag Schroeder aus.

Abg. v. Buchka (kons.) erklärt Namens seiner Partei, daß dieselbe dem Antrag Singer und dem Vorschlag Spahn Wollwollen entgegenbringe; eine definitive Entscheidung behalte sie sich für die 2. Lesung vor. Nach einer Aeußerung des

Abg. Klemm (Antis.) wird die erste Lesung beendet. In der hierauf folgenden 2. Lesung bringt

Abg. Singer seinen Antrag auf gesetzliche Stipulirung einer Minimalkündigungsfrist von vier Wochen ein. Es wird hierauf Vertagung beschlossen. Morgen 1 Uhr: Postetat.

Vom Landtage.

Haus der Abgeordneten.

Sitzung vom 14. Februar.

Das Haus setzt die zweite Etatsberathung mit dem Spezialetat des Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten fort. Die Budget-Kommission hat beschlossen, von der Forderung für den Gesandten in Stuttgart (36 000 M.) den Betrag von 6000 M. abzusetzen.

Geh. Legationsrath Humbert bittet aus sachlichen Gründen um Bewilligung des vollen Betrages.

Abg. v. Eynern (ntl.) stimmt für Streichung, da die Gehälter hoch genug seien und bei den Gesandtschaften gespart werden könne.

Finanzminister Dr. Miquel: Nach den Forderungen, die man an die preußischen Gesandten stellt, ist es ungerecht, die Gehaltsverhältnisse derselben ungünstig zu gestalten. Die

Abgg. v. Kröcher (kons.) und v. Planten (Zent.) sind für die Streichung. Der Antrag der Budget-Kommission (auf Streichung) wird angenommen und der Rest des Etats genehmigt. Beim Etat der „Münzverwaltung“ erörtert

Abg. Dr. Arendt (frk.) den bedeutenden Minderwerth der Silbermünzen. Es sei nicht angängig, fernerhin noch Silbermünzen zu prägen, die um 50 pCt. unterwerthig sind.

Unterstaatssekretär Meinecke: Wollte die preußische Münze die fernere Prägung der Silbermünzen ablehnen, so würden dies andere Reichsmünzen übernehmen.

Abg. v. Eynern (ntl.) widerspricht der Meinung des Abg. Arendt.

Abg Dr. Paasche (ntl) hält einen demnächstigen Aufschwung der Goldproduktion für wahrscheinlich.

Abg. Fuchs (Zent.) ist der Meinung des Abg. Arendt. Die Ursache der Preisrückgänge liege in der ungenügenden Summe der Umlaufsmittel.

Abg. Dr. Arendt (frk.) bemerkt, daß er der vom Reiche eingesetzten Silberkommission kein Vertrauen entgegenbringen könne, da sie einseitig zusammengesetzt sei.

Abg. Brömel (frs. Vp) legt auf das Entschiedenste Verwahrung gegen die Angriffe des Vorredners auf die Silberkommission ein. Ein beständiger Preisrückgang sei ein bloßes Phantasiegebilde. Wenn Deutschland zur Silberwährung zurückkehre, würden alle Gebiete eine schwere Schädigung erfahren.

Minister Dr. Miquel: Der Landwirthschaftsminister hat die Stellung der preußischen Regierung gegenüber der Münzfrage bereits dargelegt. Es liegt kein Grund vor, die mit der Prüfung der gegensätzlichen Meinungen in der Münzfrage beauftragte Kommission mit Mißtrauen zu betrachten.

Abg. Graf Limburg-Stirum (kons.) ist mit seinen politischen Freunden der Meinung, daß das Silber als Münzkartell wieder eingesetzt werden kann und wird in diesem Sinne agitiren. — Der Etat der Münzverwaltung wird genehmigt; es folgt der Etat der Archiv-Verwaltung. Nach kürzeren Ausführungen des Abg. Frhrn. v. Heeremann (Zent.) und des Geh. Rath v Sybel wünscht Abg. Dr. Paasche (ntl.) eine Besserstellung der Archivare; Abg. Graf Limburg-Stirum schließt sich diesem Wunsche an. Der Etat der Archiv-Verwaltung wird genehmigt. Hierauf vertagt sich das Haus. Nächste Sitzung Donnerstag. Justiz-Etat.

Deutsches Reich.

Berlin, 15. Februar.

— Der Kaiser wohnte Dienstag Abend dem parlamentarischen Diner bei dem Ministerpräsidenten bei. Am Mittwoch empfing er den Prinzen Karl von Hohenzollern. Wie mehrseitig gemeldet wird, will der Kaiser gelegentlich seiner Wilhelmshavener Reise den Fürsten Bismarck am Dienstag besuchen.

— Zu dem parlamentarischen Diner beim Ministerpräsidenten Grafen zu Eulenburg am Dienstag Abend war auch der Kaiser erschienen und verblieb bis gegen 1 Uhr. Nach Aufhebung der Tafel wurden Gruppen gebildet. Der Kaiser nahm auf einem Sofa Platz und verwandte sich sehr lebhaft für die Annahme des deutsch-russischen Handelsvertrags. Graf zu Eulenburg-Prassen brachte die Währungsfrage auf das Tapet. Gegenüber den Aeußerungen des Grafen Kanitz gegen den Handelsvertrag sprach sich der Kaiser besonders lebhaft für denselben aus. Eingehend sprach der Kaiser auch über das Für und Wider in Betreff der Aufhebung der Staffeltarife, ohne indeß selbst eine bestimmte Ansicht in dieser Frage kundzugeben. Die entgegenstehende Nachricht der „Post“, wonach der Kaiser die Aufhebung der Staffeltarife als nothwendig bezeichnet hat, ist nach der „Freis. Ztg.“, falsch. — Weiterhin äußerte sich der Kaiser über den Nutzen eines allgemeinen Kanalnetzes über ganz Deutschland für die Getreideversendung.

— Die Denkschrift zu dem deutsch-russischen Handelsvertrage weist auf die großen Schädigungen hin, welche die deutsche Industrie, der Handel und die Rhederei durch die einseitigen Zollmaßnahmen Rußlands, sowie durch den Zollkrieg erlitten hätten, und hebt das lebhafte Verlangen des deutschen Handels und der Industrie nach Beseitigung des Zollkrieges hervor. Unter dem Beirath berufener Vertreter der Landwirthschaft, der Industrie und des Handels seien alle Momente für und und wider pflichtmäßig geprüft und der Vertrag vereinbart worden, durch den Rußland nicht blos die anderen Staaten eingeräumten Tarifermäßigungen, sondern erheblich weitergehende, von Interessenten als werthvoll erkannte Vergünstigungen zugesteht.

— Auf den Fürsten Bismarck werden sich die Gegner des Vertrages mit Rußland nicht mehr für ihre Agitation berufen dürfen; die „Hamb. Nachr.“, sein Organ, schreiben: „Wir haben den Wortlaut des deutsch-russischen Handelsvertrages mitgetheilt. Eine Beurtheilung des Inhalts der Schriftstücke wird zunächst den Interessenten zu überlassen sein; freilich wird sie kaum praktischen Werth haben, denn ändern kann der Reichstag an dem Ver-

Feuilleton.

Der Australier.

Roman von Adolf Reichner.

10.) (Fortsetzung.)

Nun hoffte man doch endlich etwas Näheres über den seltsamen Fremden zu erfahren; von Paul Holzner konnte man nichts herausbringen; denn abgesehen davon, daß dieser als ein Schlingel bekannt war, welcher sich ein Extravergnügen daraus machen würde, die Frager recht tüchtig zu belügen, wußte man ja auch, daß dieser selbst seinen Herrn kaum erst kennen gelernt hatte. Aber bei den neu angekommenen Dienstleuten war die Sache sicher anders; voraussichtlich waren denn doch nicht alle Trappisten. Leider sahen sich die guten Leute in P. abermals in ihren Erwartungen getäuscht: denn mit einer überzeugenden Offenheit gestanden Intendant, Stallmeister und Koch übereinstimmend, daß keiner von ihnen vor ihrem Eintreffen in P. jemals Herrn Richardson gesehen hatte, daß sie vielmehr Jeder an einem anderen Orte engagirt und angewiesen waren, sich an einem bestimmten Tage in P. einzufinden. Der Intendant war bis vor Kurzem in gleicher Stellung bei einem nachgeborenen Prinzen aus einem fürstlichen Hause, der Stallmeister Traineur in England gewesen, während der Koch im vorigen Sommer als „Chef“ der Küche eines Hotels in Hamburg vorgestanden hatte. Die drei „Beamten“ hatten sich gegenseitig vor ihrem Zusammentreffen in P. ebenfalls niemals gesehen und waren nur durch glänzende Bedingungen und vollwichtige Garantien zu bewegen gewesen, die nach ihrer Meinung etwas obskure Stellung im Hause anzunehmen. Nur der Gärtner war mit dem Besitzthum selbst in die Dienste von Mr. Richardson übergegangen.

Die drei neu angekommenen Hausbeamten entwickelten nun sofort eine sehr eifrige Thätigkeit; sie engagirten das ihnen untergeordnete Personal, wobei sie vermöge ihrer eigenen Anstellungskontrakte eine sehr weitgehende Selbstständigkeit an den Tag zu legen vermochten: das Küchenpersonal wurde vom „Chef“, Kutscher und Stallpersonal vom Stallmeister und die Hausdiener vom Intendanten angenommen. Mr. Richardson selbst schien sich um diese Angelegenheiten gar nicht weiter zu bekümmern. Er für seine Person begnügte sich nach wie vor mit Paul's Diensten und hatte nur darüber seinen gemessenen Auftrag ertheilt, daß niemand im Hause eine buntlappige Livree tragen dürfe. Diesem Gebote lag offenbar die Absicht zu Grunde, durch eine Aeußerlichkeit zu zeigen, daß er — Mr. Richardson — zwar ein reicher Mann sei und sich demgemäß entsprechenden Luxus gestatten könne, darum aber nicht in die Lächerlichkeit von Emporkömmlingen verfalle, welche durch Nachäffung der Gebräuche adeliger Häuser, statt sich diesen mit gleichberechtigter Eigenthümlichkeit gegenüber zu stellen, ihnen selbstvergessen den Tribut der nachahmenden Unterthänigkeit zollen.

Die widerstreitendsten Gerüchte drangen ins Publikum in Bezug auf die neue Ausstattung der Villa Wohlgelegen. Während die Einen behaupteten, daß die Dekorateure einen sardanapalischen Luxus entfaltet hätten, versicherten die Anderen das gerade Gegentheil, wobei beide Theile sich auf die zuverlässigsten Quellen berufen zu können erklärten. Sie hatten schließlich Beide Recht. Je nach dem Zwecke, welchem der einzelne Raum zu dienen bestimmt war, war auch seine Ausschmückung: die Gesellschaftsräume in solider Pracht, die kleineren Speiseräumlichkeiten in behaglicher Gemüthlichkeit, die Arbeits- und Studirlokalitäten in ernster Einfachheit, die Gemächer für Gäste größtentheils prächtig, theilweise sogar kokett, wie wenn die Absicht geherrscht hätte, sie für eine Dame in Bereitschaft zu halten.

Auf der einen Seite stieß Wohlgelegen an das Gartengut des pensionirten Oberst von Rittenbach, Edmund's Vater, der auch im Winter diesen Aufenthalt nicht verließ. Der Oberst lebte sehr zurückgezogen und verkehrte größtentheils nur in Gesellschaft seiner ehemaligen Kameraden, welche allein im Stande waren, ihm zu genügen; denn er besaß einen fürchterlichen Dünkel, demgemäß er es geradezu für eine Wegwerfung erklärte, mit der „Crapule“ zu verkehren, worunter er alle Menschen verstand, die weder adelig noch eine Uniform zu tragen berechtigt waren. Er hatte diese Anschauungen sein Lebtag aufrecht erhalten und sich dadurch in früheren Jahren manchen bösen Handel, später eine allgemeine Unbeliebtheit in nichtmilitärischen Kreisen zugezogen, wovon er behauptete, daß sie seinen größten Stolz ausmache. Frühzeitig verwittwet, hatte er eifrig darnach getrachtet, seinen Sohn — Edmund — zum Erben seiner Gesinnung zu erziehen. In wie weit ihm das gelungen, ließ sich mit Sicherheit nicht angeben, da Edmund noch in den Jahren stand, in denen ein Charakter noch nicht die granitne Gestaltung der eigentlichen Manneszeit angenommen hat, vielmehr noch das Produkt fremder, nicht eigener Erziehung ist, welch' letztere nicht selten die erstere völlig paralysirt.

Als Oberst von Rittenbach in Erfahrung gebracht hatte, daß der Oberkriegsrath Schnurrlich Wohlgelegen an den Australier verkauft habe, ließ der alte Offizier seine Raketen steigen und demonstrirte haarscharf seinen Kameraden im Kasino vor, daß ein Oberkriegsrath eben doch nur ein betitelter und uniformirter Krämer sei, was sich hiermit wieder aufs Neue eklatant bewiesen habe. Interpellirt wegen des neuen Nachbars, erklärte Rittenbach, daß dieser ihn nicht im Mindesten zu belästigen vermöge; denn bisher sei er noch nicht daran gewöhnt, sich darum zu bekümmern, was ein Viehhändler thue, möge „der Kerl nun mit ungarischen Schweinen oder australischen Schafen geschachert“ haben. — Man kann sich leicht denken, daß, wenn der Oberst sich im Kasino schon in der Weise aussprach, er zu Hause in der Unterhaltung mit seinem Sohne eine völlige Maßlosigkeit an den Tag legte, welcher gegenüber Edmund alle Neigung verlor, besänftigend einwirken zu wollen. (Forts. folgt.)

trage nichts, und daß er ihn auf Grund des Widerspruchs betroffener Kreise ablehnen sollte, muß nach Lage der Dinge als ausgeschlossen gelten, da von voller Entschließungsfreiheit de facto nicht wohl mehr die Rede sein kann." — Hierzu bemerkt das „B. T.": Das Zugeständniß, daß die Ablehnung des Vertrages als ausgeschlossen gelten müsse, ist bei der Zurückhaltung, die dieses Organ des Fürsten Bismarck sich dem Vertrage gegenüber bisher auferlegte, schon werthvoll genug. Der arme Herr v. Plötz! Seine Reise nach Friedrichsruh ist nun vergeblich gewesen. Es giebt doch noch Leute, die früher aufstehen als der Präsident des Bundes der Landwirthe.

— Ueber die Verhandlungen mit Bayern wegen der Staffeltarife entnehmen wir einem Artikel des „Hamb. Corr." folgende Mittheilungen: „Die Bedenken, die jetzt bayerischerseits gegen die preußischen Staffeltarife erhoben sind, beruhen auf der von Bayern vertretenen Annahme, daß dadurch der bayerischen Produktion an Getreide und Mahlfabrikaten eine verschärfte Konkurrenz außerbayerischer Produkte dieser Art erwachse. Die Bedenken, von denen die bayerische Kammer der Abgeordneten bei ihrem Votum gegen die Aufhebung des Identitätsnachweises sich leiten ließ, liegen nach derselben Richtung. Man befürchtet in Folge der zollfreien Einfuhr auf Grund von Einfuhrscheinen eine verschärfte Konkurrenz ausländischen Getreides in Bayern. Diese Bedenken werden mithin durch die von bayerischer Seite befürchtete Wirkung der Staffeltarife noch verstärkt, und es liegt daher nahe, daß, wenn man sich bayerischerseits zu der Aufhebung des Indentitätsnachweises verstehen soll, man wenigstens den Wunsch hegt, von der Besorgniß der Staffeltarife befreit zu werden. Hieraus mag die thatsächlich in den Foyergesprächen des Reichstags viel berührte Annahme entstanden sein, daß Bayern gegen den russischen Handelsvertrag stimmen wolle, falls die preußischen Staffeltarife nicht aufgehoben würden."

— Der dem Bundesrath vorliegende Gesetzentwurf betreffend die Aufhebung des Identitätsnachweises bei der Ausfuhr von Weizen, Roggen, Gerste, Hafer und Hülsenfrüchten behält dem Bundesrath vor, die Verwendung der Einfuhrscheine nach Maßgabe ihres Zollwerths auch zur Begleichung von Zollgefällen für andere Waaren zu gewähren. In der Begründung wird bemerkt, durch die Zulassung der Einfuhrscheine bei der Verzollung anderer Waaren werde die Besorgniß, daß die Unterwerthigkeit der Einfuhrscheine zu einer Abminderung der Wirksamkeit des Zolls führen könnte, gänzlich ausgeschlossen. Das ist selbstverständlich. Wenn aber die Einfuhrscheine von den Zollkassen auch bei der Einfuhr, zum Beispiel von Petroleum, zum vollen Preise angenommen werden, so entfällt für den Importeur der Antrieb, an Stelle des ausgeführten Quantums Getreide ein entsprechendes Quantum Getreide wieder einzuführen. Das kann in guten Erntejahren zur Folge haben, daß mehr Getreide aus- als eingeführt wird; mit anderen Worten, daß der Exporteur in der Form des Einfuhrscheines Ersatz für den Zoll erhält, den er nicht zahlt. Dieser Vorschlag ist nur annehmbar, wenn in dem Gesetz von vornherein festgestellt wird, daß die Annahme der Getreideeinfuhrscheine zur Begleichung des Zolles für andere Waaren in dem Augenblick aufhört, wo innerhalb eines bestimmten Zeitraumes die Getreideausfuhr die Einfuhr übersteigt.

— Die „Köln. Ztg." meldet, der neue Gesetzentwurf über den Kalibergbau bezwecke weder die Verstaatlichung oder Monopolisirung des Kalibergbaues, noch eine Vertheuerung der Kalisalze, sondern lediglich die Verhinderung einer Verschleuderung dieser unersetzlichen, der Landwirthschaft sehr nothwendigen Mineralien an das Ausland.

— Am 14. dieses Monats sind es fünfzig Jahre, daß König Friedrich Wilhelm IV. durch eine Kabinetsordre das Protektorat über alle preußischen Gustav Adolf-Vereine übernahm. Die Ordre verdient heute noch, wo die Orthodoxie und der Konfessionalismus die preußische evangelische Landeskirche zu überwuchern drohen, Beachtung. Die Hauptsätze darin lauten: Ich gebe mich der schönen Hoffnung hin, daß über diesem guten Werke sich alle freudig zur Eintracht des Handelns verbinden werden, welche zur Einigkeit in der Auffassung und Lehrart der Glaubenswahrheiten verknüpfen zu wollen ein vergebliches Bemühen wäre, und daß keine der vielen Parteien, welche in diesem Augenblick innerhalb der deutsch-evangelischen Kirche um den Ruhm „die christlichste zu sein" kämpfen, es wollen wird, die Schmach auf sich zu laden, Zwietracht in ein Unternehmen zu bringen, welches das evangelische Bekenntniß ehren wird und den Zweck verfolgt, mittellosen Gemeinden, zumal in fremden und fernen Ländern, die spendende Bruderhand der Glaubensgenossen unseres Vaterlandes fühlbar zu machen.

— In der Budgetkommission des Reichstags wurden bei der Berathung des Militäretats Fragen religiöser Natur in der Armee angeregt durch eine Bemerkung des Abgeordneten Lingens (Ztr.), der den Mangel an Parität in der Armee beklagte. Es entwickelte sich daraus eine längere Debatte, in der abermals der Abg. Lingens es bemängelte, daß die Kabinetsordre Friedrich Wilhelms IV., wonach Offiziere aus der Armee zu entlassen seien, falls sie bei Mischehen die katholische Erziehung der Kinder geloben, jetzt sehr streng gehandhabt werde. Der Kriegsminister Bronsart hielt in seiner Erwiderung an der Ansicht fest, daß es eines Offiziers unwürdig sei, wenn er die Ehe mit einem katholischen Mädchen eingehe, das Gelöbniß katholischer Kindererziehung zu leisten, namentlich dann, wenn die Heirath eines evangelischen Offiziers mit einem reichen katholischen Mädchen nur unter dieser Bedingung zustandekommt. Während einige konservative Kommissionsmitglieder den Standpunkt des Ministers billigten, glaubten die Zentrumsredner auf der Ansicht des Abg Lingens beharren zu müssen. Sie erklärten, daß es auch der evangelischen Kirche frei stehe, bei Mischehen Bedingungen wie die katholische Kirche zu stellen.

Ausland.

Oesterreich-Ungarn.

Der ungarischen Regierung kommt der kürzliche Hirtenbrief des Kardinalfürstbischofs Kopp über die Zivilehe und die Mischehen zu statten, in welchem er ausführt, daß die Kirche beides zwar nicht gerne sehe, aber dem Gesetze doch Gehorsam leisten müsse, woraus sich ergiebt, daß das Dogma mit diesen Einrichtungen nicht unversöhnlich ist. Die liberale Presse Ungarns druckt den Hirtenbrief in vollem Umfange ab und zieht daraus die selbstverständlichen Nutzanwendungen auf die gegentheiligen Behauptungen des Kardinals Vazary in dessen Rede zur Eröffnung des Pester Katholikentages.

Der oberösterreichische Landtag hat mit 32 gegen 15 Stimmen nach längerer Berathung, bei der der Bischof Doppelbauer wiederholt das Wort ergriff, den Antrag des Schulausschusses angenommen, der dahin geht, der Landtag möge dem Verlangen der Bevölkerung Oberösterreichs nach Wiederherstellung der konfessionellen Volksschule Ausdruck verleihen.

1200 Arbeiter der Teppichfabrik Ginzkey in Maffersdorf bei Reichenberg i. B., welche am vergangenen Sonntag eine eigene Werkstättenorganisation mit Streikkasse beschlossen hatten, begannen einen allgemeinen Strike, weil 24 von ihnen die Kündigung erhalten hatten. Da die Leiter der Fabrik keine Konzessionen machen, dauert der Ausstand fort. Die Erregung unter den Strikenden ist im Wachsen begriffen; Ruhestörungen sind nicht vorgekommen.

Im böhmischen Landtag kam es am Dienstag zu einem Vorstoß der Jungczechen. Im Gegensatz zu ihnen hielt der Altczeche Rieger eine bemerkenswerthe Rede für eine Verständigung mit den Deutschen auf der Basis der Gleichberechtigung. Der kernhafte deutsche Stamm in Böhmen habe auf allen Kulturgebieten Bedeutendes geleistet. Die Czechen müßten darnach trachten, den deutschen Volksstamm durch die Sicherung der nationalen Stellung für die Bestrebungen des böhmischen Volkes zu gewinnen, der Großgrundbesitz habe die Mission des Friedensstifters. Graf Bouqoy wandte sich gleichfalls gegen die Jungczechen und sprach sich für den Zusammenschluß der Deutschen und Czechen gegenüber den Umsturzelementen aus.

Im Prager Omladinaprozeß beantragte der Staatsanwalt, 14 Angeklagte wegen Hochverraths, 40 Angeklagte wegen Ruhestörungsverbrechen, die übrigen Angeklagten wegen Geheimbündelei zu verurtheilen.

Spanien.

In Blanos (Provinz Barcelona) fand ein Knabe in einer Gasse eine Dynamit-Patrone. Einem Manne, der sie untersuchen wollte, platzte sie unter den Händen und verwundete ihn schwer.

Im Barcelonaer Anarchistenprozeß überwies der Richter Garcia Domenech die Anklageschrift dem zuständigen Gerichtshofe. Dieselbe ist in sieben Abschnitte eingetheilt und umfaßt 3600 Seiten. In den Prozeß wegen des Attentats im Liceo-Theater sind 27 Anarchisten verwickelt, von denen 24 eingekerkert sind.

Frankreich.

In der französischen Kammer haben am Montag die Verhandlungen über den Antrag des Zollausschusses auf Erhöhung des Getreidezolls auf 8 Frks. begonnen. Ein Theil der Pariser Presse hatte entschieden Front gegen den Antrag gemacht, weil er geeignet sei, Rußland ganz in die Arme Deutschlands zu treiben. Da auch einzelne Schutzzöllner davor warnen, durch Uebertreibungen der Schutzzollpolitik die Erfolge der französischen Diplomatie auf dem Felde der internationalen Politik in Frage zu stellen, ist es nicht ausgeschlossen, daß die Kammer sich mit einer Getreidezollsteigerung um zwei Franks bescheiden wird. — Angesichts des deutsch-russischen Handelsvertrages scheint übrigens Frankreich auch Italien gegenüber nicht länger unempfindlich bleiben zu wollen. Der „Nazione" zufolge hat die französische Regierung in Rom angefragt, welche Zugeständnisse Italien machen würde, wenn Frankreich statt des jetzigen Maximaltarifs für italienische Erzeugnisse einen Minimaltarif in Anwendung bringen würde.

Die Identität des Urhebers des Dynamitattentats im Terminushotel ist nunmehr festgestellt. Er heißt Henry und ist in Barcelona von französischen Eltern geboren. Der letzte Aufenthalt Henrys war London, woselbst er der Polizei als Anarchist bekannt war. Dieselbe wußte, daß Henry sich seit dem 18. Januar in Paris aufhielt. Bei der Vernehmung erklärte Henry, er habe allein und ohne Genossen gehandelt.

Die „Patrie" veröffentlicht den Bericht über einen Besuch, den einer ihrer Redakteure den in Glatz gefangenen französischen Offizieren abgestattet hat. Der Besuch erfolgte mit Erlaubniß der Glatzer Kommandantur. Die Gefangenen äußerten sich höchst befriedigt über die Höflichkeit des kommandirenden Generals und der Offiziere.

Rußland.

Die Petersburger Zeitungen fahren fort, ihrer freudigen Stimmung über das Zustandekommen des russisch-deutschen Handelsvertrages Ausdruck zu geben, und bezeichnen dasselbe als ein Ereigniß von weitgehender Tragweite. Die zwei mächtigsten Reiche Europas — reichen sich die Hände, um ein Dezennium hindurch auf wirthschaftlichem Gebiete in Frieden und Eintracht mit einander zu verkehren. Man müßte mit Blindheit geschlagen sein, wollte man dieser so erfreulichen Thatsache gegenüber sich der Ansicht verschließen, daß die russisch-deutsche Verständigung in der Zollpolitik nicht noch manches Gute in den internationalen Beziehungen im Gefolge haben würde. Es erscheine durchaus nicht unwahrscheinlich, daß unter den wohlthuenden Sonnenstrahlen aufgehender Eintracht mit fortschreitender Zeit auch der Boden vorbereitet werde zu vollem Einvernehmen und freundschaftlichem Auskommen auch auf allen übrigen Gebieten.

Serbien.

Der gewesene Regent Iwan Ristitsch veröffentlicht eine Erklärung, welche besagt, Milans Einmischung in die Staatsangelegenheiten widerspreche der Verfassung, den Gesetzen und den Interessen des Landes. Das serbische Staatsschiff werde nicht früher einen sicheren Hafen erreichen, als bis der Exkönig aufrichtig die Hände vom Staatsruder zurückgezogen habe.

Amerika.

Vom brasilianischen Kriegsschauplatz werden fortgesetzte Erfolge der Aufständischen gemeldet. Nach neueren Berichten aus Rio de Janeiro haben sich die Aufständischen vor Nictheroy festgesetzt. Ferner sollen Aufständische bei Iguape gelandet sein und auf St. Paulo marschieren. Aus Rio Grande do Sul wird berichtet, die Regierungstruppen seien bei Ombu geschlagen worden, hätten 300 Mann verloren und Waffen, Munition und Lebensmittel im Stich gelassen.

Provinzielles.

□ **Kreis Kulm,** 13. Februar. In Unislaw ist der alte, morsche Kirchthum, dem man im vorigen Jahre ein neues Bretterkleid angethan hatte, dem Sturm zum Opfer gefallen, nicht ohne das Dach ganz erheblich beschädigt zu haben.

Graudenz-Briesener Grenze, 12. Februar. Vor Schreck vom Schlage gerührt wurde gestern die 20jährige Tochter des Hausbesitzers Thilmann in Lopatken, Kr. Briesen. Die Mutter hatte auf dem Bodenraum an einem Balken einen Beutel mit Federn angehängt, wovon die Tochter keine Ahnung hatte. Als sie in der Dunkelheit den Bodenraum betrat, rannte sie gegen den Beutel, welcher nun hin und her baumelte und abermals das Gesicht des Mädchens berührte. Das Mädchen sank in Krämpfen zu Boden und hat jetzt auch die Sprache verloren.

Dirschau, 13. Februar. Gestern Abend geriethen auf dem Rangirbahnhofe zwei mit Spiritus und Benzin beladene Wagen in Brand. Die Ursache scheint noch nicht aufgeklärt zu sein.

Dirschau, 13. Februar. Das Einladungsschreiben zu der am 18. Februar stattfindenden Versammlung von Freunden des deutsch-russischen Handelsvertrages ist nicht nur von Mitgliedern der nationalliberalen Partei unterschrieben, sondern auch von Konservativen und Freisinnigen. Die Versammlung soll keinen politischen Charakter haben, sondern alle Gewerbetreibenden, die Landwirthe eingeschlossen, umfassen, welche der Ueberzeugung sind, daß das Zustandekommen des Handelsvertrages insbesondere für die Bevölkerung der östlichen Provinzen segensreich sein wird.

Carthaus, 13. Februar. Ein schrecklicher Unglücksfall ist dieser Tage auf dem im hiesigen Kreise belegenen großen Tuchomer See vorgekommen. Während sich auf demselben 3 Kinder der Wittwe Labuhn aus Warschnau, ein Knabe und zwei Mädchen im Alter von 14 bis 8 Jahren, mit Schlittschuhlaufen vergnügten, wurden sie plötzlich von dem Sturme gefaßt und weit auf den See an eine offene Stelle desselben getrieben, in welche eins der Kinder hineinfiel. Bei den Bemühungen, dasselbe heraus zu ziehen, fielen auch die beiden anderen Kinder ins Wasser und alle drei ertranken.

Danzig, 14. Februar. Herr General-Leutnant v. Heister hierselbst, Kommandeur der 36. Division, ist in Genehmigung seines Abschiedsgesuches mit Pension zur Disposition gestellt. Als sein Nachfolger wird der Direktor des Militär-Oekonnomie-Departements General-Leutnant Funck genannt. — Eine liberale Versammlung hatte sich gestern Abend im „Preußischen Hof" vereinigt und bezügl. des deutsch-russischen Handelsvertrages folgende Resolution beschlossen: „Die heutige Versammlung spricht ihr volles Einverständniß mit der Petition der städtischen Behörden Danzigs aus und bevollmächtigt ihre Vorsitzenden, diesen Beschluß zur Kenntniß unseres Reichstagsabgeordneten Herrn Rickert zu bringen, indem sie der zuversichtlichen Erwartung Ausdruck giebt, daß kein westpreußischer Abgeordneter diesem Vertrage seine Zustimmung vorenthalten werde."

Elbing, 13. Februar. Der Eigenthümer Karl August Wenig aus Pangritz-Kolonie, welcher gestern in einer Strafsache vor der Strafkammer des hiesigen Landgerichts als Hauptbelastungszeuge vernommen werden sollte, ist seit Sonnabend spurlos verschwunden. Es befinden sich hierüber verschiedenartige Gerüchte im Umlauf, die nach der „E. Z." darauf schließen lassen, daß an dem W. ein Verbrechen verübt worden ist; doch dürfte es nicht ausgeschlossen sein, daß W. verunglückt ist. Die Untersuchung ist bereits eingeleitet.

Neuteich, 13. Februar. Der gestrige Orkan hat im Werder viel Schaden angerichtet. Es ist fast kein Dorf, wo nicht Scheunen ganz oder zum Theil zusammengestürzt sind, z. B. in Marienau, Barendt, Groß-Lesewitz, Tralau 2c Die Menge der abgedeckten Gebäude, der umgeworfenen Zäune ist zahllos, so daß der Schaden auf viele Tausend Mark geschätzt werden muß.

Königsberg, 13. Februar. Durch die gestrigen orkanartigen Süd-Weststürme hat der Pregel gestern den höchsten Wasserstand seit dem Jahre 1801 erreicht. Außer der Grünen Brücke sind auch andere Brücken theilweise selbst für Fußgänger gesperrt Bei dem Versuch, ihren Keller zu verstopfen, sind drei Besitzer umgekommen. Dreizehn Hinterhäuser mußten vollständig geräumt werden. Der Baumschaden ist sehr bedeutend. Heute Mittag trat heftiger Schneefall ein. Nachmittags war ein langsames Fallen des Wassers bemerkbar.

Insterburg, 13. Februar Der Magistrat und die Stadtverordneten faßten in ihrer heutigen Sitzung einstimmig den Beschluß, in einer Petition an den Reichstag um die Annahme des russischen Handelsvertrages zu bitten.

Christburg, 13. Februar. Gestern Nachmittag etwa 2 Uhr entlud sich über unserer Stadt ein recht starkes Gewitter, welches von einem Sturmwind begleitet wurde. Der Blitz schlug in den Schafstall auf Vorwerk Stangenberg ein, welcher gänzlich eingeäschert wurde.

Argenau, 12. Februar. Von den Vierlingen, welche dem Wirthschaftsinspektor Behrendt in Großendorf geboren wurden, sind, wie Herr Behrendt dem „Kuj. Boten" mittheilt, drei gestorben.

§ **Argenau,** 14. Februar. Der neuliche Orkan hat auch in Argenau und Umgegend in kaum zu beschreibender Weise gewüthet. Dem Gutsbesitzer R. wurde der Einwohnerstall umgeworfen und dabei mehrere Schweine erschlagen. Dem Molkereibesitzer S. wurde das ganze Dach abgedeckt, dem Hausbesitzer R. die Scheune eingedrückt. Auf dem Rittergute Buczkowo wurde ein ganzes Einwohnerhaus umgeworfen, auf dem Gute Walthershof eine Scheune demolirt.

Inowrazlaw, 12. Februar. Auf dem Gute Lissewo ist ein Lamm mit 6 Füßen (4 Hinter- und 2 Vorderfüßen) zur Welt gekommen.

Lokales.

Thorn, 15. Februar.

— [Die Versammlung zur Besprechung über den deutsch-russischen Handelsvertrag,] die heute Vormittag 11 Uhr im Saale des Artushofes stattfand, war von etwa 250 Personen aller Klassen besucht. Der Vorsitzende der Handelskammer, Herr Herm. Schwartz jun., eröffnete die Versammlung mit einem Hoch auf den Kaiser, und auf seinen Vorschlag wurde Herr Erster Bürgermeister Dr. Kohli zum Vorsitzenden und die Herren Besitzer Rübner Schmolln und Fabrikbesitzer Tilk Thorn zu Beisitzern gewählt. Herr Dr. Kohli sprach sich etwa dahin aus, daß er zwar stets in seiner Verwaltung bemüht sei, dieselbe frei zu halten von politischen Streitfragen, die mit den Berathungen über kommunale Angelegenheiten nichts zu thun hätten, in diesem Fall aber halte er sich verpflichtet, sich mit zu betheiligen an der Besprechung einer Frage, die für das ganze Erwerbsleben unserer Stadt, sowie des ganzen Reiches von größter Wichtigkeit sei. Demnächst ergriff Herr Schwartz das Wort: er sprach zuerst der Regierung des deutschen Reiches den Dank dafür aus, daß es ihren Bemühungen gelungen sei, einen Vertrag zwischen den beiden großen Reichen zu stande zu bringen, der unzweifelhaft für beide Nationen von hohem politischen und kommerziellen Werth sei. Der Zollbeirath, dem er auch angehört habe, habe mit großer Ausdauer und Sachkenntniß beim Abschluß des Vertrages mitgewirkt. Seit Jahrzehnten ist die deutsche Regierung bemüht gewesen um diesen Vertrag und die Handelskammer Thorn habe alljährlich in ihren Berichten dieser Lebensfrage für Thorn Ausdruck gegeben, er könne daher nur seiner Freude über das endliche Zustandekommen des Vertrages Ausdruck geben. Auf wirthschaftlichem Gebiet liegen die Vortheile für Deutschland nicht nur in den erheblichen Zollermäßigungen, sondern auch in der zehnjährigen Festlegung derselben, die es dem Handel und der Industrie möglich machen, auf fester Basis verloren gegangene Verbindungen wieder aufzunehmen und neue anzuknüpfen, in politischer Beziehung werde der Vertrag freundlichere Beziehungen mit Rußland zu Wege bringen, als die in den letzten Jahren bestandenen. Seit dem Jahre 1891, als alle Handelsverträge mit fremden Nationen abgelaufen waren, ist die deutsche Regierung zu der Einsicht gelangt, daß es erforderlich sei, wenn wir handelspolitisch nicht ganz isolirt werden sollten, neue Verträge abzuschließen; dies ist allmählich geschehen mit Oesterreich-Ungarn, der Schweiz, Italien, Belgien, Spanien und zuletzt mit Rumänien. Bei Abschluß dieser Verträge

haben die Führer der Agrarpartei anerkannt, daß ein Getreidezoll von 3,50 Mk. zum Schutz der deutschen Landwirthschaft vollkommen genüge und der Reichstag hat den Verträgen zugestimmt. Dennoch habe jetzt bei den Agrariern eine andere Anschauung Platz gegriffen und dem Vertrag mit Rußland wird entschiedener Widerspruch entgegengestellt. Es ist nachgewiesen, daß die Ausfuhr deutschen Getreides allmählich stark zurückgegangen ist und daß der Differenzialzoll von 1,50 Mk. gegen Rußland nur die Folge gehabt hat, Getreide einzuführen, welches einem geringeren Zoll unterlag. Die Landwirthschaft wird also von dem Vertrage keine Nachtheile haben. Der Redner wies ferner nach, daß die Forderungen der Agrarier auf Herbeiführung einer gleitenden Zollskala für Getreide und die Einführung der Silberwährung für Deutschland einestheils unmöglich, anderntheils mit den größten Nachtheilen verbunden sein würde. Wenn nun in Verbindung mit dem Vertrage die Aufhebung des Identitätsnachweises, die ein alter Wunsch der östlichen Provinzen ist, Hand in Hand geht, so ist damit den Landwirthen ein Vortheil geboten, der etwaige Verluste durch die Ermäßigung des Getreidezolles mehr als auswiegen werde. Redner führt dann eine Anzahl von Zollermäßigungen auf, die Rußland gewährt habe, während Deutschland nichts weiter als das Meistbegünstigungsrecht an Rußland biete; er erwähnt ferner die Schäden, welche die deutsche Rhederei und die deutsche Bahnen erlitten haben durch die Abgaben, welche von Rußland von deutschen Schiffen in russischen Häfen erhoben wurden. Auch diese Bestimmung wird durch den Vertrag aufgehoben und die deutsche Schifffahrt wird mit der russischen gleichgestellt. Das Schlußprotokoll des Vertrages enthält weiter das Versprechen Rußlands, durch innere gesetzliche Bestimmungen wesentliche Aenderungen und Erleichterungen in Bezug auf Zollformalitäten, Strafen 2c. herbeizuführen. Redner kommt zu dem Schluß, daß der Vertrag dem Handel, der Industrie und der Landwirthschaft Deutschlands so erhebliche Vortheile biete, daß die Annahme desselben durch den Reichstag eine gebieterische Forderung sei. Er schlägt vor, dieser Meinung durch folgende Resolution Ausdruck zu geben:

„In dem zwischen den betheiligten Regierungen zum Abschluß gelangten deutsch-russischen Handelsvertrag, durch den die handelspolitischen Beziehungen zwischen Deutschland und Rußland vertragsmäßig geregelt und eine feste Basis für einen längeren Zeitraum gewonnen haben, erblicken wir die sichere Gewähr für die gedeihliche Entwickelung eines friedlichen Verkehrs mit unserm großen Nachbarreiche.

Die Bestrebungen von Deutschlands Handel und Industrie sind seit Jahrzehnten auf den Abschluß eines Handelsvertrages mit Rußland gerichtet gewesen; im Besonderen ist das Zustandekommen dieses Vertrages für die östlichen Provinzen des Reiches eine Lebensfrage, weil sie mehr als die übrigen Theile des Reiches auf den Verkehr und einen friedlichen Austausch von Waaren mit dem großen Nachbarreiche, das deren natürliches Hinterland bildet, angewiesen sind. Von dem seitens Rußlands an Deutschland gewährten Konventionaltarif, der werthvolle Zugeständnisse enthält, erwarten wir mit Recht einen bedeutsamen Aufschwung von Handel und Industrie, denen ein erweitertes Absatzgebiet eröffnet wird.

Dieser Aufschwung von Handel und Industrie wird auch der Landwirthschaft zum Nutzen gereichen. — Durch Gewährung der Meistbegünstigung an Rußland werden der Landwirthschaft neue Opfer nicht zugemuthet; der Differentialzoll gegen Rußland kann den Preis für Getreide in Deutschland nicht steigern, weil das erforderliche Quantum, wenn nicht aus Rußland, aus anderen Ländern zu dem ermäßigten Zollsatz zur Einführung gelangt. Ein Aufschwung von Handel und Industrie und des Gewerbes, wie er durch den Vertrag gewährleistet wird, kräftigt die Kaufkraft der Bevölkerung, was der Landwirthschaft zu statten kommen muß. Mit der Annahme des Vertrages wird gleichzeitig die Aufhebung des Identitätsnachweises, die eine alte Forderung des Ostens bildet, in Kraft treten, wodurch der Getreidehandel erleichtert und der Landwirthschaft für ihre Produkte ein weiteres Absatzgebiet eröffnet wird. So sprechen wir die Ueberzeugung aus, daß der Handelsvertrag mit Rußland in wirthschaftlicher und politischer Hinsicht nur segensreich die gedeihliche Entwickelung Deutschlands fördern wird und richten an den hohen Reichstag die Bitte, demselben die Annahme nicht zu versagen."

Die Resolution, welche gedruckt und dem Reichskanzler, dem Handelsminister sowie den einzelnen Reichstagsabgeordneten zugehen wird, wurde fast einstimmig angenommen und bedeckte sich rasch mit einer größeren Anzahl von Unterschriften. Zur weiteren Unterzeichnung wird dieselbe im Bureau der Handelskammer, bei Herrn Walter Lambeck und im Artushofe ausliegen.

— [Zu der westpreußischen Provinzialversammlung,] welche am nächsten Sonntag in Dirschau stattfindet, liegt der heutigen Nummer unserer Zeitung ein Aufruf bei, unter dessen zahlreichen Unterschriften sich auch recht viele aus ländlichen Kreisen, von größeren wie kleineren Besitzern, befinden.

— [Versammlung der Interessenten der Metallurgischen Industrie in den Provinzen Ost- und Westpreußen und Posen.] In der Versammlung der Interessenten der Metallurgischen Industrie gen. 3 Provinzen, welche gestern unter dem Vorsitz des Herrn Kommerzienrath Peters in Elbing zum Zweck einer Besprechung des deutsch-russischen Handelsvertrages tagte, wurde eine Resolution angenommen, welche u. a. betont: Der Vertrag bricht in wirksamer Weise das bisherige russische Abschließungssystem, und bietet durch eine Reihe werthvoller Ermäßigungen zahlreichen deutschen Industriezweigen, auch der metallurgischen Industrie des Ostens, die Möglichkeit, die Ausfuhr nach Rußland auszudehnen, er gewährleistet dem Handel und der Schifffahrt freie Bewegung. Die Meistbegünstigung bringt der deutschen Landwirthschaft nicht nur keinen Schaden, sondern bei Aufhebung des Identitätsnachweises, welche aber nur bei Fortfall des Differentialzolles möglich ist, sogar ausgesprochenen Nutzen. Der größte Werth des Vertrages liegt in seiner zehnjährigen Dauer. Die bei Ablehnung des Vertrages unabweisbare Fortsetzung des Zollkrieges würde die schwersten Folgen für das ganze deutsche Reich, besonders für die östlichen Provinzen haben. Patriotische Pflicht jedes Abgeordneten ist es, ohne Unterschied der politischen Parteifärbung und des Berufes, für den Vertrag einzutreten.

— [Eine wahre Umwälzung] des ostdeutschen und deutsch-russischen Schnellzugsverkehrs kann, wie der „Pos. Ztg." aus Berlin mitgetheilt wird, die Vorlage genannt werden, die die Warschau-Bromberger Eisenbahn auf der letzten internationalen Fahrplankonferenz in München am 14. Dezember unterbreitet hat. Bekanntlich verkehren gegenwärtig zwei zeitlich zusammenfallende Schnellzugpaare zwischen Berlin und Thorn — das eine über Bromberg, das andere über Posen —, welche beide in Thorn Anschluß an die Schnellzüge der Warschau-Bromberger Bahn haben. Da nun die Warschau-Moskauer Bahn erklärt hat, nicht mehr wie im letzten Sommer im Anschluß an die Schnellzüge der Warschau-Bromberger, sondern, wie in früheren Jahren, an die der Warschau-Wiener Bahn ihre Schnellzüge verkehren zu lassen, so lag die Gefahr vor, daß der erst im vorigen Jahre mühsam errungene Blitzzug Berlin-Moskau aufgehoben wird. Deswegen hat die Warschau-Bromberger Bahn ihre Bereitwilligkeit erklärt, statt der Tages-, Nachtschnellzüge einzurichten, und gleichzeitig an die preußische Eisenbahndirektion Bromberg das von dieser „in Erwägung" genommene Ersuchen gerichtet, ihrerseits die Schnellzüge auf der Strecke Berlin-Bromberg-Alexandrowo folgendermaßen zu verlegen:

6,40 Abends ab Berlin an 11,41 Vorm.
2,00 Nachts an Alexandrowo ab 4,24 früh.

Soweit das Protokoll der internationalen Fahrplan-Konferenz. Es erhellt auf den ersten Blick, daß hier eine der einschneidendsten Veränderungen angeregt ist, die unsere östlichen Bahnen seit Jahren erfahren haben.

— [Zum Kaisermanöver.] Gelegentlich des in diesem Herbste stattfindenden Kaisermanövers wird, wie die „E. Z." weiter berichtet, Se. Majestät in der Marienburg ein Festmahl geben. Zur Ausschmückung der Festsäle soll ein Theil der berühmten Blell'schen Waffensammlung Verwendung finden, welche von dem Herrn Oberpräsidenten für 130 000 Mark von ihrem Begründer, vormaligen Rittergutsbesitzer zu Püngen, jetzigen Rentier Blell zu Gr. Lichterfelde, zur Ausschmückung der Marienburg angekauft worden ist. Die mehr als 3000 Nummern zählende Sammlung soll Ende d. M. in Marienburg eintreffen und zunächst in einem vom Herrn Kultusminister überwiesenen, früher zur Posthalterei gehörigen Gebäude Aufstellung finden. Ob Se. Majestät bei Gelegenheit des Manövers nach Danzig kommt, ist noch nicht bestimmt.

— [Provinzial-Ausschuß.] Behufs weiterer Vorberathung von Vorlagen für den Provinzial-Landtag wird der westpreußische Provinzial-Ausschuß am Tage vor dem Zusammentritt des Provinzial-Landtages, 26. Februar, sich in Danzig wieder zu einer Sitzung versammeln. Es sollen namentlich über die Vorlagen betreffs der Kleinbahnen, Ausschmückung des Landeshauses, Provinzial-Irrenanstalt Conradstein, Bewilligung von 1 1/4 Mill. Chausseebauprämien und Beihilfe für Verlängerung des Münsterwalder Flügelbeichs vorbereitende Beschlüsse gefaßt werden.

— [Schulrevisionen.] Von Montag bis gestern revidirte Herr Kreisschulinspektor Richter die zweite (Mädchen-) Gemeindeschule in der Bäckerstraße. Den Prüfungen wohnten als Vertreter der Schuldeputation bei die Herren Erster Bürgermeister Dr. Kohli und Pfarrer Hänel. Heute und morgen erfolgt eine gleiche Revision der ersten (Knaben-) Gemeindeschule.

— [Ein Floh-Zirkus] wird am nächsten Sonntag in einem Separatzimmer des Hotel Museum seine Vorstellungen eröffnen. Wie wir aus verschiedenen auswärtigen Zeitungen ersehen, erregten die kleinen Künstler überall Aufsehen und Bewunderung, und so dürfte wohl auch hier ein reger Besuch dieses eigenartigen Kunstinstituts zu erwarten sein.

— [Schwurgericht.] Die zweite gestern verhandelte Strafsache, in der sich der Schiffsgehülfe Wladislaus Kaczanowski aus Thorn wegen Verbrechens gegen die Sittlichkeit zu vertheidigen hatte, endete mit der Freisprechung des Angeklagten. — Heute wurden wiederum 2 Sachen verhandelt. In der ersten hatte sich die Altsitzerfrau Wilhelmine Thober, geb. Pulter, aus Mocker gegen die Anklage des wissentlichen Meineides zu vertheidigen. Nach der Anklage ist der Sachverhalt folgender: Der Schneider Schulz aus Thorn entnahm im Jahre 1892 von dem Besitzer Krause aus Gr. Nessau täglich Milch. Dieselbe wurde ihm in der Regel von einem Dienstmädchen zugetragen, nur ausnahmsweise überbrachte sie eine Zeit lang die Angeklagte. Bei einer Abrechnung stellte Krause aus seinen Büchern fest, daß Schulz ihm noch den Betrag von 36 Mk. 60 Pf. schulde, dessen Zahlung Schulz verweigerte. Letzterer wurde dieserhalb von Krause verklagt. In diesem Prozesse behauptete Schulz, daß er einmal durch die Angeklagte 6 Mk., ein anderes Mal 4 Mk. an Krause habe bezahlen lassen und berief sich zum Erweise dessen auf deren Zeugniß. Die Angeklagte wurde demzufolge am 26. April cr. in jenem Prozesse eidlich als Zeugin vernommen und bekundete, daß die beiden Beträge von 6 bezw. 4 Mark nicht an sie bezahlt seien, daß sie auch Geldbeträge mit der Weisung, solche an Krause abzuliefern, von Schulz nicht erhalten habe. Diese Aussage soll der Wahrheit zuwider abgegeben sein. Die Angeklagte bestreitet dies und behauptet, daß sie zu der fraglichen Zeit garnicht bei Krause thätig gewesen sei, sondern von früh Morgens bis spät Abends in Thorn bei Drewitz mit Kartoffelausnehmen beschäftigt gewesen. Sie vermochte ihre Behauptnng durch mehrere Zeugen nachzuweisen und wurde, da die Geschworenen die Schuldfrage verneinten, freigesprochen. — In der zweiten Sache stand der Schuhmacher Franz Sliwicki aus Schönsee unter der Anklage des Raubes. Der Anklage unterliegt nachstehender Sachverhalt: Im September v. J. war der Besitzer Felix Zulawski aus Bielsk, nachdem er sich ein Paar Stiefel, die Angeklagter besohlt von Letzterem abgeholt hatte, mit diesem zu Schönsee in die Kneipe gegangen. Sie sprachen Beide dem Bier und Schnaps kräftig zu und begaben sich im angetrunkenen Zustande auf den Heimweg. Angeklagter begleitete den Zulawski nach seinem Wohnorte Bielsk zu und versetzte ihm, nachdem sie sich außerhalb der Stadt Schönsee befanden, einen Stoß, so daß Zulawski zur Erde fiel. Darauf griff Angeklagter in die Hosentasche des Zulawski, zog aus derselben dessen Portemonnaie mit über 6 M. Inhalt hervor und entfernte sich eiligst mit demselben. Auf das Hilfegeschrei des Zulawski eilten Personen herbei, die den Angeklagten verfolgten und festnahmen. Bei dieser Gelegenheit warf Angeklagter das Portemonnaie, in dem nur noch der Betrag von ungefähr 4 Mark vorgefunden wurde, von sich. Angeklagter bestreitet die Anklage und behauptet, daß Zulawski das Portemonnaie verloren habe. Er habe es aufgehoben und an sich genommen, um sich wegen seiner Forderung an Zulawski für das Stiefelbesohlen bezahlt zu machen. Seine Ansicht sei gewesen, das Portemonnaie mit dem Gelde dem Zulawski am nächsten Tage wieder zuzustellen. Nach erfolgter Beweisaufnahme sprachen die Geschworenen den Angeklagten nur des Diebstahls für schuldig. Der Gerichtshof verurtheilte ihn zu sechs Monaten Gefängniß, sah hiervon jedoch zwei Monate als durch die erlittene Untersuchungshaft für verbüßt an.

— [Strafkammer.] In der gestrigen Sitzung wurden verurtheilt: der Arbeiter Alexander Posler, ohne Domizil, wegen Diebstahls im Rückfalle zu 6 Monaten Gefängniß, der Arbeiter Franz Manke, ohne Domizil, wegen Diebstahls zu 1 Woche Gefängniß, der Arbeiter Kasper Michalek, ohne Domizil, wegen Diebstahls zu 4 Monaten Gefängniß, die Besitzerfrau Katharina Konczewska aus Gumowo wegen gemeinschaftlicher Körperverletzung mittelst gefährlichen Werkzeuges zu 4 Monaten Gefängniß, die Besitzersöhne Julius und Theophil Konczewski daher wegen gleichen Vergehens zu 5 Monaten, bezw. 2 Monaten 2 Wochen Gefängniß, die Besitzertochter Anna Konczewska aus Gumowo wegen gemeinschaftlicher Körperverletzung zu 2 Monaten Gefängniß und die unverehelichte Martha Chmill aus Kulm wegen Urkundenfälschung und Betruges in Idealkonkurrenz zu 1 Jahr 6 Monaten Zuchthaus, Ehrverlust auf 2 Jahre und Stellung unter Polizeiaufsicht. Der Besitzer Heinrich Steinke, dessen Sohn Andreas Steinke und die Besitzertochter Anna Konczewska aus Gumowa wurden von der Anklage der Körperverletzung freigesprochen. Eine Sache wurde vertagt.

— [Feuer.] Die Besitzung des Eigenthümers Witt in Gurske ist heute Nacht niedergebrannt.

— [Temperatur] am 15. d. Mts. Morgens 8 Uhr: 0 Grad; Barometerstand: 27 Zoll 8 Strich.

— [Gefunden] wurde ein Schirm in der Marienstraße; zurückgelassen am 11. d. ein Gebetbuch in einem Laden in der Seglerstraße. Näheres im Polizei-Sekretariat.

— [Polizeiliches.] Verhaftet wurden 11 Personen.

— [Von der Weichsel.] Heutiger Wasserstand 2,65 Meter über Null (steigend.)

Spiritus-Depesche.

Königsberg, 15. Februar.
(v. Portatius u. Grothe.)

Loco cont.	50er	—,—	Bf.,	50,25	Gd.	—,—	bez.
nicht conting.	70er	—,—	„	30,75	„	—,—	„
Febr.		—,—	„	—,—	„	—,—	„
„		—,—	„	—,—	„	—,—	„

Telegraphische Börsen-Depesche.

Berlin, 15. Februar.

Fonds: schwächer.			14.2.94.
Russische Banknoten		219,50	220,10
Warschau 8 Tage		218,00	218,40
Preuß. 3% Consols		86,60	86,60
Preuß. 3 1/2% Consols		101,50	101,60
Preuß. 4% Consols		107,80	107,70
Polnische Pfandbriefe 4 1/2%		67,10	67,40
do. Liquid. Pfandbriefe		fehlt	fehlt
Westpr. Pfandbr. 3 1/2% neul. II.		97,20	97,25
Diskonto-Comm.-Antheile		183,30	185,20
Oesterr. Banknoten		163,25	163,40
Weizen:	Mai	144,00	144,00
	Juni	146,00	146,00
	Loco in New-York	63 3/8	62 1/2
Roggen:	loco	123,50	123,50
	Mai	128,25	127,75
	Juni	128,75	128,50
	Juli	129,25	129,00
Rüböl:	April-Mai	45,10	45,50
	Oktober	45,90	46,30
Spiritus:	loco mit 50 M. Steuer	51,80	51,80
	do. mit 70 M. do.	32,10	32,10
	Februar 70er	36,20	36,30
	Mai 70er	37,00	37,10

Wechsel-Diskont 3%, Lombard-Zinsfuß für deutsche Staats-Anl. 3 1/2%, für andere Effekten 4%.

Getreidebericht der Handelskammer für Kreis Thorn.

Thorn, den 15. Februar 1894.

Wetter: schön.
Weizen: flau, ohne Kauflust, 129/30 Pfd. bunt 122/23 M., 131/32 Pfd. hell 126/27 M., 133/35 Pfd. hell 128/29 M., 130 Pfd. hell, bezogen 120 M.
Roggen: flau, 121/22 Pfd. 108/9 M., 123/25 Pfd. 110 M.
Gerste: Brauw. 140/46 M., feinste über Notiz, Futterw. 101/103 M.
Hafer: gute, gesunde Waare 137/43 M.

Alles pro 1000 Kilo ab Bahn verzollt.

Neueste Nachrichten.

Rom, 15. Februar. Nach einem bestimmt auftretenden Gerüchte soll Crispi die Reduzirung und Neubewaffnung der Armee beschlossen haben. Die Kosten der Neubewaffnung sollen auf 15 Jahre vertheilt und jedesmal in das Budget eingestellt werden.

Madrid, 14. Februar. An der spanisch-französischen Grenze sind Maßregeln getroffen worden, um die Einwanderung zahlreicher an der Grenze wohnender Anarchisten nach Spanien zu verhindern. Nach dem Attentate Breton's dürften übrigens neue Verhaftungen vorgenommen werden.

Paris, 14. Februar. Bei Nancy wurde ein deutscher Photograph als Spion verhaftet; derselbe soll Photographien benachbarter Forts aufgenommen haben.

Brüssel, 14. Februar. Bei der gestern erfolgten Wiedereröffnung der Universität waren die Studirenden in großer Zahl erschienen; ein Zwischenfall ist nicht vorgekommen. Die Relegirten haben sich noch nicht zur Wiederaufnahme gemeldet.

Antwerpen, 14. Februar. Der von China auf dem Dampfer „Sachsen" angekommene Friedrich Brants aus Königsberg hat heute Nacht im Streite, welchen er in einem Café hatte, einen Milizmann erstochen; Brants ist bereits verhaftet.

Philadelphia, 14 Februar. Durch einen Erdrutsch sind 30 Personen verschüttet worden, von denen bereits 13 todt hervorgezogen wurden.

London, 14. Februar. Aus Rio de Janeiro wird gemeldet, daß Präsident Peixoto dem General Castro befohlen habe, den General Borbosa zu verhaften, weil derselbe verdächtig sei, aus den nördlichen Provinzen Brasiliens eine unabhängige Republik bilden zu wollen.

Brügge, 14. Februar. Die hiesige Petroleumniederlage steht in Flammen. Der bisher entstandene Schaden ist ganz enorm. Bisher konnte das Feuer noch nicht gelöscht werden.

Telegraphische Depeschen.

Tarnobrzeg, 15. Februar. Aus Chwalowice wird heute ein Wasserstand von 3,44 Meter gemeldet. Das Wasser fällt weiter.

Warschau, 15. Februar. Heutiger Wasserstand der Weichsel 2,66 Meter.

Telephonischer Spezialdienst der „Thorner Ostdeutschen Zeitung".

Berlin, den 15. Februar.

Wien. Die „Neue Freie Presse" meldet, der russische Minister Giers werde demnächst auf einer Reise nach Italien mit dem Grafen Caprivi oder Kalnoky zusammenkommen. Er beabsichtigt, einen länderen Aufenthalt in der Riviera zu nehmen.

Verantwortlicher Redakteur:
Friedrich Kretschmer in Thorn.

Meine Verlobung mit Fräulein **Martha Scheibner** aus Leipzig beehre mich ergebenst anzuzeigen.
Thorn, den 14. Februar 1894.
Max Kröcker,
Kunst- und Handelsgärtner in Thorn.

Verdingung.

Die **Lieferung von 5000 Tonnen Portland-Cement** für die Wasserleitung und Kanalisation der Stadt Thorn soll vergeben werden.
Bedingungen sind für 1,00 Mk. vom Stadtbauamt II zu beziehen.
Angebote müssen verschlossen bis zum **21. d. Mts., Vormittags 10 Uhr** beim Stadtbauamt II eingereicht werden.
Thorn, den 13. Februar 1894.
Der Magistrat.

Verdingung.

Die **Erd-, Maurer- und Rohrlegungsarbeiten** für die Wasserleitung und Kanalisation der Stadt Thorn sollen in 5 Loosen getrennt vergeben werden.
Bedingungen, Angebotformulare und Terminplan sind für alle Loose zusammen zum Preise von 2,00 Mk. vom Stadtbauamt II zu beziehen.
Angebote müssen verschlossen bis zum **21. Februar, Vormittags 11 Uhr** beim Stadtbauamt II eingereicht werden.
Thorn, den 13. Februar 1894.
Der Magistrat.

Unsere Gasanstalt hat
500 Faß Steinkohlentheer
getheilt oder im Ganzen abzugeben.
Die Verkaufsbedingungen liegen im Comptoir der Gasanstalt aus und werden auf Wunsch in Abschrift zugesandt.
Angebote mit der Aufschrift „Angebot auf Theer" werden bis
28. Februar, Vorm. 11 Uhr
entgegengenommen.
Thorn, 15. Februar 1894.
Der Magistrat.

Oeffentl. Versteigerung.

Freitag, den 23. Februar cr.
werden von **Vormittags 9 Uhr** ab im hiesigen St. Jacobs-Hospital **Nachlaßsachen**, darunter gut erhaltene Mahagoni-Möbel, neue Leib- und Bett-Wäsche, öffentlich an Meistbietende versteigert werden.
Thorn, den 12. Februar 1894.
Der Magistrat.

Oeffentliche Zwangsversteigerung.

Sonnabd., 17. Febr. cr., Vorm. 10 Uhr werde ich vor der Lüttmann'schen Schmiede zu Leibitsch verschiedenes Schmiedehandwerkszeug als
Hämmer, Feilen, Schraubenkluppen, Bohrkluppe, Ambos, Blasebalg u. a. m.; 2 Bettgestelle, 1 Spind, 1 Kommode und 1 Mehlkasten
öffentlich meistbietend gegen baare Zahlung verkaufen.
Nitz, Gerichtsvollzieher in Thorn.

Oeffentliche Zwangsversteigerung.

Sonnabend, den 17. Februar cr., Mittags 12 Uhr
werde ich auf dem Mühlengrundstück zu **Leibitsch**
1 Stubenteppich und 1 Treppenläufer
öffentlich meistbietend gegen baare Zahlung verkaufen.
Nitz, Gerichtsvollzieher in Thorn.

Oeffentliche Zwangsversteigerung.

Dienstag, den 20. Februar cr., von Vormittags 10 Uhr ab
werde ich in der Pfandkammer des hiesigen Landgerichtsgebäudes
3 Nußbaum-Bettgestelle mit Matratzen und Keilkissen, 2 Kleiderspinde, Nußbaumstühle, mehrere seidene und Stoff-Damen- und Herrenkleider, eine größere Partie Küchengeräth, goldene Armbänder, goldene Damenuhr mit Kette, silb. Eß- und Theelöffel, Gabeln und Tischmesser u. a. m.
öffentlich meistbietend gegen gleich baare Zahlung versteigern.
Nitz, Gerichtsvollzieher in Thorn.

Feine Harzer Kanarienvögel,
prachtvolle Roller, flotte Sänger, Stück 9 u. 10 Mk. Zuchtweibchen a 1,50 und 2 Mk. empfiehlt
G. Grundmann.

Ein gut erhaltener, leichter zweisitziger
offener Wagen,
eventl. auch **Selbstfahrer,** ein- auch zweispännig zu fahren, wird preiswerth **zu kaufen gesucht.** Offerten unter **A. P. 1888** in der Exp. d. Ztg. erbeten.

In **Dom. Wiesenburg** stehen zum Verkauf
113 Fetthammel, 5 fette Ochsen und 5 fette Kühe.

Prima Kocherbsen,
Hafer, Gerste, Futtermehl u. s. w. offerirt billigst **H. Safian.**

Oeffentliche Versteigerung.

Am **Freitag, den 16. Februar cr.,** Vorm. 10 Uhr werde ich vor der Pfandkammer des hiesigen Königlichen Landgerichtsgebäudes folgende Gegenstände öffentlich meistbietend zwangsweise gegen baare Zahlung versteigern:
20 Ersatztheile zur Lochstanze, 1 Bohrmaschine, 1 Dezimalwaage mit 10 Gewichten, ca. 10 Ctr. bearbeitetes und rohes Eisen, 1 Schraubenschneidmaschine, 1 Handlochstanze, 5 Schraubstöcke, 1 Richtplatte, ca. 5 Ctr. Walzeisen, 16 Stück Stubenthürschlösser (Kasten-), 35 Stück Stubenthür-Einsteckschlösser, 2 Bratöfen, 40 Gartenstühle, 9 Gartentische, 1 Gartenbank, 1 Partie altes Eisen — Gasröhren — ferner 1 Spiegel, 1 Schreibpult, 1 Kommode, 1 Sopha, 1 Sophatisch, 2 Wäschespinde, 6 Wiener Rohrstühle, 1 Regulator u. a. m.
Thorn, den 15. Februar 1894.
Liebert, Gerichtsvollzieher kr. A.

Das zur Schuhmachermeister
Wisniewski'schen Konkursmasse
gehörige
Leder- u. Schuhwaarenlager
soll im Ganzen oder in Partien verkauft werden. Der Verkauf soll meistbietend gegen sofortige Baarzahlung erfolgen, dem Verwalter und dem Gläubigerausschuß bleibt jedoch die Ertheilung des Zuschlages vorbehalten.
Der Verkaufstermin findet am
7. März cr., Mittags 12 Uhr
in meinem Bureau statt. Kauflustige bitte ich in diesem Termine zu erscheinen. Das Waarenlager kann am 5. und 6. März, sowie am Terminstage besichtigt werden. Die Bietungskaution beträgt 200 Mark.
Culmsee im Februar 1894.
Der Konkursverwalter.
Rechtsanwalt Deutschbein.

Die Bestände des zur
J. Hirsch'schen **Konkursmasse**
gehörigen Waarenlagers, als:
Herren- und Knabenhüte, Mützen, Filzschuhe, Filzstiefel, Regenschirme, Reisedecken, Oberhemden, Kragen, Manchetten, Cravatten, Handschuhe ꝛc.
werden billigst ausverkauft.
F. Gerbis, Konkursverwalter.

10 000, 7000, 4000, 3000 M.
zu vergeben durch
C. Pietrykowski, Gerberstr. 18, I.

Schmerzlose Zahnoperationen
künstliche Zähne u. Zahnfüllungen
von 3 Mark an.
Spez: Goldfüllungen.
Alex Loewenson, Dentist,
Breitestraße 21.

Zwei neue Bretterscheunen
bei mir **verkäuflich.**
Hinz, Zimmermeister, **Gollub.**

Sommerwohnung gesucht.
3—4 Zimmer, Küche, wenn mögl. auch mit Garten. Offerten an die Expedition d. Ztg.

Eine herrschaftl. Wohnung,
1. Etage, 4 Zimmer, Badestube und Mädchenkammer, gemeinschaftliche Waschküche und Trockenboden, wozu noch zwei heizbare Bodenräume gegeben werden können und auch ein Pferdestall **Ulanen- u. Gartenstr.-Ecke** gelegen, sofort zu verm
David Marcus Lewin.

Bäckerstr. 15 die 1. Etage, 4 Zimmer pp. v. 1. April zu verm. **H. Dietrich.**

Klosterstraße 1
2 kleine Wohnungen je 2 Zim., Küche u. Keller von sof. zu vermiethen. **Winkler,**

2 **kleine Wohnungen** vom 1. April zu vermiethen. **Hermann Dann.**

Kleine Wohnung, 2 Stuben, 2 Kammern, Küche und Keller, ferner: **1 Comptoir** hochparterre und **1 Lagerraum** p. 1. April zu vermiethen. **Paul Engler,** Baderstr. 1.

Breitestr. 30, Ecke Schillerstr., ist die 2. Et., 2 Zim., Küche, für 270 Mark sofort zu vermiethen.

Gut möblirte Wohnungen und Pferdeställe zu vermiethen Tuchmacherstr. 6, part.

1 mbl. Zim. von sofort zu vermiethen Strobandstraße 20.

Möbl. **Zimmer,** mit od. ohne Beköstig. sof. billig zu verm. Elisabethstr. 6, II

1 **elegant möbl. Zimmer,** mit auch ohne Kab., sof. zu verm. Gerechtestr. 30, pt. r.

1 möbl. Zimmer
zu vermiethen Neustädtischer Markt Nr. 7.

Ein möblirtes Zim. Tuchmacherstr. 20 v sof

1 mbl. Z. u. Kab. z. v. Neust. Markt 23, II.

Mbl. Zim. zu vermiethen. **H. Simon,** Breitestraße.

Bekanntmachung.

Auf Wunsch des Königlichen Konsistoriums der Provinz Westpreußen veröffentlichen wir nachstehend dessen Verfügung vom 30. Januar d. Js. betreffend die provisorische Verwaltung der vakanten Pfarrstelle an der St. Georgen-Gemeinde bis zu deren Wiederbesetzung:

A. Unbeschadet der unten zu berührenden Ausnahmen, ist die gesammte geistliche Versorgung (Gottesdienst, Konfirmandenunterricht, Amtshandlungen, specielle Seelsorge pp.) bezüglich der Bromberger- und Fischerei-Vorstadt nebst Weißhof von den Geistlichen der Altstädtischen Gemeinde, bezüglich der Neuen Jakobs-Vorstadt von denjenigen der Neustädtischen Gemeinde und bezüglich der Kulmer Vorstadt, der nördlich davon gelegenen Niederlassungen und der Kolonie Rubinkowo von dem auf der Mocker stationirenden Vikar wahrzunehmen.

B. Ein um den andern Sonntag hält der vorgedachte Vikar in der, von der St. Georgen-Gemeinde mitbenutzten, Neustädtischen Kirche Nachmittagsgottesdienste ab.

C. Für die Ertheilung des Konfirmandenunterrichts ist die Bestimmung unter A maßgebend. Sofern jedoch auf Grund der erwähnten früheren Anordnung des Herrn Superintendenten die Annahme von Konfirmanden für den diesjährigen Unterrichtskursus schon erfolgt ist, behält es dabei sein Bewenden.

D. Soll eine Amtshandlung von einem anderen, als dem nach A oben zuständigen Geistlichen verrichtet werden, so ist Vorlegung eines schriftlichen Erlaubnißscheines (Dimissoriale) dieses Geistlichen erforderlich; die Ausstellung dieses Scheines hat **unentgeltlich** zu erfolgen.

E. Die sämmtlichen Einnahmen der Pfarrstelle von St. Georg einschl der Stolgebührenrente sind zu einer Vakanzkasse zu vereinnahmen, deren Verwaltung, unter Verantwortlichkeit des Gemeindekirchenraths der St. Georgen-Gemeinde, von dem Kirchenkassenrendanten der letzteren geführt wird und aus welcher den einzelnen bei der Vertretung betheiligten Geistlichen auf den vierteljährlich einzureichenden Vorschlag des Herrn Superintendenten durch Verfügung unsererseits Auslagen ersetzt und entsprechende Remunerationen werden bewilligt werden; die auch nach Erlaß des Kirchengesetzes vom 28. Juli 1892 betreffend die Aufhebung von Stolgebühren pp. (K. G. u. V. Bl. S. 167) noch zur Einziehung gelangenden Stolgebühren verbleiben jedoch demjenigen Geistlichen, welcher die bezügliche Amtshandlung verrichtet hat.

F. Um die Unterlagen für eine möglichst sachgemäße Vertheilung der zum Einkommen der St. Georg-Pfarrstelle gehörigen Stolgebührenrente an die bei der Vertretung dieser Stelle betheiligten Geistlichen zu gewinnen, veranlassen wir die letzteren am Schlusse eines jeden Kalendervierteljahres, mit der Bescheinigung der Richtigkeit versehene, summarische Nachweisungen der in dem fraglichen Zeitraum von ihnen bei Angehörigen der St. Georgen-Gemeinde verrichteten Taufen und Trauungen (in ortsüblich einfachster Form) sowie Aufgebote eventl. eine Vakat-Anzeige dem Herrn Superintendenten einzureichen, welcher dieselben, mit seinen unter E gedachten Vorschlägen, uns vorlegen wird.

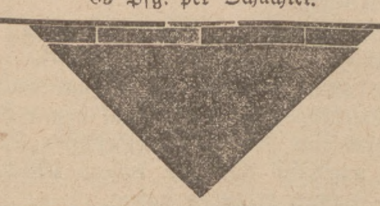
G. Die Verwaltung der pfarramtlichen Geschäfte nebst der Führung der Kirchenbücher, sowie die Verwaltung des Kirchhofs der St. Georgen-Gemeinde wird dem Pfarrer **Hänel** daselbst übertragen.

Thorn, den 12. Februar 1894.
Der Magistrat.

Technisches Bureau für
Wasserleitungs- & Canalisations-Anlagen,
Ingenieur Joh. von Zeuner, Gebr. Pichert,
Culmerstrasse 13,
führt Hauseinrichtungen jeder Art in sachgemässer Weise nach baupolizeilichen Bestimmungen aus.
Geschultes Personal. — Sauberste Arbeit.
Zweijährige Garantie. — Referenzen für tüchtige Leistung.
Kostenüberschläge und Ertheilung von Rath unentgeltlich.



Die weltberühmten
Fay's ächte Sodener Mineral-Pastillen
üben bei ihrer hohen Schleimlösung einen äußerst wohlthätigen Einfluß auf den Magen aus und beleben die Verdauung. Erhältlich in allen Apotheken, Droguerien und Mineralwasser-Handlungen ꝛc. zum Preise von 85 Pfg. per Schachtel.



Für die Hausfrau!

Eine wirklich gute, und sich für den Haushalt vorzüglich bewährende Seife ist:
Dr. Cremer's Toilette-Seife
nur ächt mit Schutzmarke Löwe.
Entfernt alle Hautunreinigkeiten, reinigt vorzüglich, hinterläßt nach dem Waschen kein Brennen und Spannen der Haut, ruinirt dieselbe nicht, wie scharfgelaugte Toiletteseifen, sondern ist gänzlich frei von Schärfe, und daher zum **täglichen Gebrauche** die
zuträglichste Toiletteseife.
Preis 25 Pfg. pr. Stück. Erhältlich in Thorn:
bei **Anders & Co.,** Brückenstrasse 18; Filiale Breitestrasse 46; **Anton Koczwara,** Central-Droguerie, Gerberstrasse 29; Filiale Bromberger Vorstadt 70.

Einen Laden mit Wohnung, 3 Zim. u. Küche, sowie geräumigen **Geschäftskeller** und **Stallung** für 1 Pferd hat zu vermiethen
H. Nitz, Culmerstraße 20, 1 Tr.

2 **kl. Wohnungen** zu vermiethen Koppernikusstr. 23, bei **Weilack.**

Wohnung Breitestr. 37, 2. Et., besteh. aus 6 Zim., Zub., Wasserltg. u. Badestube, ist vom 1. April event. früher zu verm. Zu erfragen Breitestraße 37, 2 Trp. links.

1 **kl. Wohnung** vom 1. April zu verm. Näheres Culmerstraße Nr. 11, 3 Trp.

Eine Wohnung,
2 Zimmer nach vorn, zum 1. April zu verm.
Murzynski, Gerechtestraße.

Wohnung Gerechtestr. 27 zu verm.

Eine größere Wohnung am **Altstädt. Markt, 1 Treppe,** von sofort zu vermiethen. **Adolph Leetz.**

Möbl. Zimmer sucht ein Herr per 1. März. Offerten unter **B. 50** a. d. Exp. d. Z.

2 Zimmer, 1 Kabinet u. Zubehör zu miethen gesucht. Offerten unter **R.** an die Expedition d. Blattes.

Sonnabend, den 17. d. Mts.:
Wurstessen
bei **J. Munsch.**

Strohhüte
werden zum Waschen und Modernisiren angenommen.
Ludwig Leiser.



Metall- u. Holzsärge
billigst bei
O. Bartlewski,
Seglerstr. 13.

30 Berufsarten in 25 Lieferungen
à 40 Pfg. = 10 Mark enthält
Was willst Du werden?
Probeheft gegen 43 Pfg. in Briefmarken portofrei zu beziehen von **Paul Beyer's Verlag** in **Leipzig.**

Cementrohrformen
aus Schmiedeeisen für Stampfbeton in solidester Ausführung.
Otto Possögel, Maschinenfbrk.
Schwerin i./M.
Prospekte auf Verlangen gratis und franco

Ziegelsteine I. Classe
aus den **Lüttmann**'schen Ziegeleien Leibitsch habe stets auf Lager und gebe jeden Posten billigst ab.
Gastwirth **Louis Less,**
Bromberger Vorstadt.

P. P.
Ausgesuchte große fehlerfreie
Rindsblasen (bis 50 Ctm. lang)
offerirt billigst
L. H. Leopold, Gotha,
Darmhandlung Engros.

Brenn- und Nutzholz-Verkauf
in **Forst Neuhof** bei Steinau Wpr. täglich Vor- u. Nachmittag durch Förster **Thiele.**

Feinste
Messina-Apfelsinen und Citronen
empfiehlt billigst
Eduard Kohnert.

Vorzügl. Backobst neue Sendung
empfiehlt **H. Simon, Breitestraße.**

Zur Aufnahme der Gasmesserstände und Einziehung der Rechnungen findet ein
zuverlässiger Mann
Beschäftigung in der
Gasanstalt.

Accord-Arbeiter,
Aufseher und **Vorschnitter** mit guten Zeugnissen, **Männer (gute Mäher), Burschen, Mädchen** resp. **Frauen** finden bei hohen Accord- sowie Tagelohnsätzen Stellung für die Sommer-Campagne 1894 nachgewiesen durch
H. Pruss, Thorn, Mauerstraße 22.

Die Stelle eines
ersten Verkäufers
in meinem Geschäft ist zum 1. April frei. Tüchtige erfahrene Kraft gesucht.
J. G. Adolph.

In unsere **Buchdruckerei** kann Ostern d. J. ein
Lehrling
eintreten. Bedingung für die Aufnahme: einjähriger Besuch der **Oberklasse** der **Mittelschule.** Kost und Logis im elterlichen Hause gegen Vergütigung.
Buchdruckerei
Thorner Ostdeutsche Zeitung.

Tücht. Putzarbeiterinnen
sowie Damen, **die das Putzfach erlernen wollen,** können sich sofort melden.
Ludwig Leiser,
Putz- und Mode-Magazin.

Eine gesunde, kräftige Amme
empfiehlt **J. Lewandowska,** Koppernikusstr. 11.

2 **neue Fenster** und **1 eiserne Gartenbank** zu verkaufen Hohestraße 9, 1.

Dom. Wiesenburg verkauft:
500 Ctr. Futterkartoffeln à 1 Mk.,
300 Ctr. Saatkartoffeln,
mit der Hand verlesen,
gute Speisekartoffeln
magnum bonum und **gelbe Rose**
à 1,30 Mk.

Synagogale Nachrichten.
Freitag: Abendandacht 5 Uhr.

Der heutigen Nummer liegt eine Extrabeilage betreffend Einladung zur Versammlung nach Dirschau am 18. Februar cr. bei, worauf wir hiermit noch besonders aufmerksam machen.

Druck und Verlag der Buchdruckerei „Thorner Ostdeutsche Zeitung" (M. Schirmer) in Thorn.